

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei Th. Kirchhübel in Hachenburg.

Mit der achtseitigen Wochenbeilage Illustriertes Sonntagsblatt.

Aufschrift für Drahtnachrichten Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

237

Wegzugspreis: vierteljährlich 270 M., monatl. 90 Bfg. mit Bringerlohn; durch die Post 2,55 M. bezw. 85 Bfg. ohne Beleggeld.

Während des Krieges wälten die Freibrillagen wegfallen.

Hachenburg, Mittwoch den 9. Oktober 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus) die sechsgepaletete Zeile ober, deren Raum 20 Bfg., die Reklamezeile 60 Bfg.

11. Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

9. Oktober. Erfolgreiche Abwehrkämpfe nördlich der Maas, nördlich von St. Quentin, an der Ailette und Aisne. Deeresgruppe Gallwitz bringt den vergebens angreifenden japanern schwere Verluste bei.

Erwartungen - Befürchtungen.

Die erste Mitteilung über den Friedensschritt unterer Regierung hat sich rasch wieder gelegt in deutschen Ohren. Man hat keine müßige Beurteilung der Welt zurückgeworfen und wartet mit der Gelassenheit des Gewissens auf die Dinge, die da kommen sollen. Man hat sich nicht nach den Wünschen der neuen Männer nur bei der Bildung der neuen Regierung, dem Abbau der alten Verfassungszustände in Deutschland, sondern auch gleich bei dem ersten Schritt im Leben, den der Nachfolger des Grafen Hertling unternehmen darf, verfahren können, so wird kein Sterblicher behaupten können, daß in Berlin auch nur ein Schritt noch unternommen worden sei, der uns den Frieden sichern könnte. Genau so ist von deutscher Seite im Ausland die schwersten Julitagen des Jahres 1914 bis zum Ausbruch des Krieges gefürchtet worden, um den Ausbruch des Weltkrieges hinauszuhalten - es hat alles nichts gebracht, und das Verhängnis nahm seinen Lauf. Man hat sich dem Friedensglauben des Prinzen Max von Baden kein besseres Los beschreiben lassen sollte, so haben sich daraus für unser weiteres Verhalten die Lehren von selbst ergeben. Das deutsche Volk ist schlaff, lieber untergeben als sich von übermütigen Fremden demütigen und knechten zu lassen. Das hat die Regierung mit der gleichen Bestimmtheit zum Ausdruck gebracht wie es von Seiten der Vorgänger des jetzigen Kanzlers geschehen ist.

Einmalen ist es nicht zu erkennen, was Herr Hertling zu tun gedenkt. Es ist möglich, daß er die deutsche Friedensnote ebenso rasch und entschieden zurückweist, wie es dem Grafen Burián gegenüber beliebt hat; es kann auch sein, daß er diesmal ein bedächtigeres Verhalten vorzieht, weil, was ihm durch den prinzipiellen Reichskanzler nahegelegt wird, ungleich fester steht als der noch ziemlich allgemein und unbedingte gehaltene Wiener Vorschlag. Es braucht nur an erinnert zu werden, daß damals ausdrücklich der schwächste Fortgang der militärischen Operationen zu Stande wurde, während diesmal auch von einem Gefuch Waffenstillstand die Rede ist. Und heißt es auch nur, die Friedensansichtungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten als Grundlage für die angestrebte Verständigung anzunehmen würden, so wird doch Gewicht darauf gelegt, daß sein Programm in diesem Sinne ohne Ausnahme Einschränkungen angenommen wird, also einschließlich derjenigen Punkte, die selbst nach sozialdemokratischer Auffassung den dauernden Frieden nicht verdrängen, wenn gefährden würden. Man vertraut eben darauf, daß wo der ehrliche Wille zur Beendigung des Völkerebens vorhanden ist, auch ein Weg zu diesem Ziele gefunden werden wird, und nur darum kann es sich in der Zukunft handeln, ob man auf der Gegenseite uns vertritt oder mit dem deutschen Volke in Zukunft nach dem Herrn Wilson selbst aufgestellten Grundrissen in Einklang zu kommen will. Die Welt ist unheilvoller, als es einmüßig zu sein scheint, und man muß sich nicht einmüßig von dem Meeresspiegel in Ruhe schwärmen lassen. Man muß sich die Kanäle und Flüsse, die durch die Welt fließen, genau ansehen und gewiß wird, um inzwischen ihr Ziel, um auch diese Aktion der Mittelmächte zum Besten zu bringen. In Paris nämlich hat man sich niemals seinem Ziele näher gefühlt als jetzt, und schon nicht man von der prophetischen Ankündigung: „nous les avons, wir werden sie schon kriegen“, zu dem Jubelruf übergehen zu können: „nous les avons, wir haben sie!“ Man läßt Clemenceau die französische Presse auf den Ton kommen: der Krieg wird fortgesetzt, und schon sind seine Konturen mit dem Urteil fertig, daß man sich bei dieser unentschiedenen Episode des deutschen Friedensschrittes einen Augenblick aufzuhalten brauche. In London hält man diesmal, wie es scheint, etwas mehr zurück mit seiner Meinung. Man mischt die guten und die schlechten Nachrichten über unsere neue Regierung und ihre erste Verhandlung etwas kunterbunt durcheinander, eine weltliche Parole ist also noch nicht ausgegeben worden. Ober man hält es für klüger, der Willensherausforderung des Präsidenten Wilson nicht vorzugreifen, weil man mit Voreiligkeit dieser Art schon zuweilen able Erfahrungen gemacht hat. Auch aus den Meinungen der Staaten gewinnt man den Eindruck, daß die Friedens- und Beibehaltung des Krieges diesmal etwas erhalten wird als sonst. Die ungeheure Verantwortung für die Entscheidungen, die jetzt in Washington getroffen werden sollen, scheint auch in der Neuen Welt in

Ihrer ganzen Wucht deutlich genug empfunden zu werden. Läßt man Verstand und ehrlichen Friedenswillen walten und hält alle jene traurigen Gesellen, denen die Kriegshetze Selbstzweck ist, von den Überlegungen der maßgebenden Männer fern, so sollte eigentlich die Antwort auf die deutsche Note von selbst gegeben sein. Aber wir werden gut daran tun, auf dieser schwachen Grundlage keinerlei Hoffnungen aufzubauen, zumal im bisherigen Verlauf des Krieges auch weitgehende Befürchtungen schließlich immer noch übertroffen worden sind. Seien wir bereit, alles, was kommen mag, starken Herzens entgegenzunehmen. Alles andere steht in Gottes Hand.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Nach einer Verordnung des Bundesrates sind die Pensionsverbände verpflichtet, aus ihren Mitteln eine Erhöhung der bis zum 1. Oktober 1918 gezahlten Familienunterstützungen eintreten zu lassen, die spätestens vom 1. November 1918 ab zu gewähren und deren Betrag je nach den örtlichen Verhältnissen zu bemessen ist. Bis zum Betrage von 5 Mark für jeden Unterstützten werden die seit dem 1. November 1918 gewährten Erhöhungen der Unterstützungen vom Reiche erstattet, und zwar zur Hälfte allmonatlich, zur Hälfte zusammen mit der Erstattung der gelegentlichen Mindestbeträge. Geringe Verbesserungen der Verhältnisse der Unterstützten wie auch erheblichere Verbesserungen ganz vorübergehender Art sollen regelmäßig nicht zur Erhebung oder Einstellung der Familienunterstützung führen.

* Die Geldabfindung zur Selbstbelohnung für einzelne Mannschaften wird in Abänderung des Erlasses vom 28. Januar 1917 mit Wirkung vom 1. Oktober 1918 an auf 270 Mark für die volle Tageslohn einschließliche Brot festgesetzt. Bei teilweise Abfindung in Geld sind zu gewähren: für die Mittagslohn 1,35 Mark, für die Abendlohn 99 Pfennig, für die Morgenlohn 45 Pfennig; Rest ohne Brot 5 Pfennig weniger. Diese Festsetzungen gelten auch für Offiziere und Beamte, die Anspruch auf die Feldlohn oder die Geldabfindung zur Selbstbelohnung haben. Eine etwaige Erhöhung der Vergütungsätze für Naturalverpflegung wird besonders beauftragt werden.

Osterreich-Ungarn.

* Die Volksversammlung des deutschen Volkstages für Österreich, die von Vertretern aller Kronländer besetzt war, und woran zahlreiche Reichstagsabgeordnete unter Führung des Präsidenten Groß sowie mehrere Herrenhausmitglieder teilnahmen, beschloß einstimmig einen Aufruf an das deutsche Volk, worin der künftige Frieden als das Ende unendlicher Opfer und als Verbeißung einer besseren Zukunft begrüßt wird, vorausgesetzt, daß er die Bedingungen für ein nationales und inneres Leben der Deutschen unerschütterlich läßt. Dieser Aufruf müsse eine völlige Ordnung in der Stellung des deutschen Volkes in Österreich herbeiführen. Die Deutschen Österreichs fordern völlig uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht. Deshalb werden die Volksvertreter in den einzelnen Kronländern aufgefordert, alle Vorkehrungen für die Einführung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen in Österreich zu treffen.

Polen.

* Wie aus Warschau gemeldet wird, hat der Regentsschaftsrat einen Aufruf an das polnische Volk gerichtet, in dem es u. a. heißt, daß jetzt die entscheidende Stunde für die Zukunft des Polenreiches gekommen sei. Es gelte jetzt, den einmütigen Willen der Nation festzustellen auf dem Boden der Grundzüge, die für Schaffung eines unabhängigen Staates unter Einschluss aller polnischen Gebiete und mit einem Zugang zum Meer eintreten. Es gelte die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit des polnischen Königreiches unter Garantie durch internationale Verträge. Wie ein Mann müßten alle Polen jetzt zusammenstehen. - Die militärische Okkupation Polens wird - im Einklang mit den Wünschen der polnischen Regierung - vorläufig nicht aufgehoben, dagegen soll mit dem Abbau der deutschen Zivilverwaltung unverzüglich begonnen werden.

Rußland.

* Dem Ernst der Lage Rechnung tragend, nimmt die Sowjetregierung neue Maßnahmen vor. Durch einen Erlass der Regierung werden alle Offiziere und Militärbeamten unter 40 Jahren, die eine höhere militärische Bildung erhalten haben, und solche, die etatsmäßige Ämter in den Stäben höherer Truppeneinheiten 1914/1918 bekleidet haben, sowie solche, die in der höheren Intendanturverwaltung angestellt waren, einberufen.

Finnland.

* Die Lösung der Königsfrage wird in der laufenden Landtagsitzung kaum zustande kommen. Der Landtag hat in zweiter Lesung den neuen Verfassungsentwurf mit 86 gegen 34 Stimmen angenommen. Der große Ausschuss hatte vorher noch weitere Änderungen vorgenommen, indem er das Einspruchsrecht der Krone in Fragen der Landesverteidigung befristete. Die Abstimmung zeigt,

daß frey diese weitgehenden Zugestimmungen die zur Durchbringung der Vorlage in der gegenwärtigen Tagung erforderliche Fünftelmehrheit nicht zu erlangen ist.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 8. Okt. Dem preussischen Staatsminister Dr. Sydow ist bei seinem Ausscheiden in einem warm gehaltenen Handschreiben der Schwarze Adlerorden, dem Staatssekretär des Innern, Staatsminister Ballraff der Kronenorden erster Klasse verliehen worden.

Wesau, 8. Okt. Der anhaltische Landtag wurde heute vormittag mit einer Thronrede des Prinzregenten Erbert eröffnet. Sie enthält die Ankündigung einer Änderung des Landtagswahlrechts, die Vorlegung eines Siedlungsgeheimgesetzes, der in großzügiger Weise die Innenkolonisation bezweckt.

Luzern, 8. Okt. Der Oberbericht gibt die Verlobung der Prinzessin Charlotte von Luxemburg, der ältesten Schwester der Großherzogin, mit dem Prinzen Felix von Bourbon-Parma, der Bruder der Kaiserin von Österreich, bekannt.

Zürich, 8. Okt. Anlässlich der Einnahme von Damaskus durch die Engländer hat Clemenceau an den Präsidenten des Senats des Komitees, A. Cheffi Gano, ein Telegramm gerichtet, worin er das besondere Interesse Frankreichs an der Konstituierung eines autonomen Syriens betont.

London, 8. Okt. Reuter erfährt, daß der Vertreter Großbritanniens in Moskau, Lordhart, die finnische Grenze erreicht hat. In seiner Begleitung befinden sich 31 Briten und 25 Franzosen. Die Ankunft in Stockholm wird für Mittwoch erwartet.

Oslo, 8. Okt. Eine Verfügung der englischen Regierung bestimmt, daß die Gesamtausfuhr aus England nach allen europäischen Ländern, wenn nicht besondere Beschlüsse vorliegen, verboten ist. Nur die Ausfuhr nach den verbündeten Ländern ist zugelassen.

Die neue Regierung.

Abgeordneter Trimbom Staatssekretär des Innern.

Berlin, 8. Oktober.

Wie bereits angekündigt, wird als Vertreter der Nationalliberalen der Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums, Dr. Friedberg, in den engeren, dem Kanzler beigegebenen Kabinettsrat treten. Dieser neugebildete Kabinettsrat setzt sich demnach aus dem Staatssekretären v. Baver, Groeber, Erzberger, Scheidemann und Dr. Friedberg zusammen. Dr. Friedberg hat bereits an einer Sitzung des Kabinettsrats teilgenommen. Zum Nachfolger des scheidenden Staatssekretärs des Innern, Dr. Ballraff, ist der Zentrumsabgeordnete Trimbom aussersehen. Der neue Staatssekretär des Innern Karl Trimbom steht im 64. Lebensjahre. Er ist Rechtsanwalt in Köln und gehört zu den älteren Zentrumsvorkämpfern im Reichstag, in dem er zuerst 1896 als Vertreter von Köln gewählt wurde. Diesen Wahlkreis hatte er bis 1912 inne, dann unterlag er seinem sozialdemokratischen Gegner, doch wurde er in einer Nachwahl vom Siegerkreis im Reichstag entandt. Trimbom hat sich im Plenum wie in verschiedenen Kommissionen des Reichstags eifrig betätigt und erfreut sich auch außerhalb des Kreises seiner engeren Parteigenossen wegen seiner umfassenden Sachkenntnis und seines Humors allgemeiner Wertschätzung.

Der schon vor einigen Tagen als bevorstehend gemeldete Rücktritt des Chefs des Geheimen Zivilkabinetts des Kaisers v. Berg wird jetzt amtlich bestätigt. Zu seinem Nachfolger soll eine mit parlamentarischen Verhältnissen und Gepflogenheiten vertraute Persönlichkeit berufen werden.

Württemberg und die neue Reichsregierung.

Der „Staatsanzeiger“ für Württemberg, das amtliche Organ der württembergischen Regierung, schreibt über die Stellungnahme Württemberg zur Reichsregierung folgendes: Wir begrüßen die Regierung des Reichskanzlers Prinzen Max von Baden; das deutsche Volk erwartet von ihr vertrauensvoll den baldigen Abschluss des erwünschten Friedens und eine glückliche Überleitung in das neue Deutschland, wie es das Wohl des Vaterlandes erfordert. Sollten unsere Gegner die gebotene Hand zurückweisen und die Hoffnung auf den Sieg den Gedanken des Völkerebens zunichte machen, so bilden wir mit fester Zuversicht auf die unvergleichlichen Verteidiger unserer Heimat.

Die deutsche Regierung und Wilsons Programm.

Die halbanthliche Nordd. Allg. Stg. schreibt: Die Rheinische Zeitung glaubt, zwischen dem Programm der Mehrheitsparteien und dem Programm des Präsidenten Wilson gewisse Unterschiede zu erkennen. Dem gegenüber kann nicht genügend betont werden, daß die deutsche Regierung und die Mehrheit des Reichstags das gesamte Wilsonsche Programm ohne Ausnahme und Einschränkung als Grundlage für den Frieden angenommen haben.

Ein deutscher Entwurf für den Völkerbund.

Wie von zuständiger Seite verlautet, sind die mit der Gründung eines Völkerbundes zusammenhängenden Fragen seit längerer Zeit im Auswärtigen Amt unter Zuziehung von Parlamentariern und Völkerrechtslehrern eingehend erörtert worden. Die Erörterungen haben bereits zur

